



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/99 - 28. 4. 1956

Hinweise  
auf den Inhalt:

Friedensburg contra Adenauer	S. 2
"Volksinitiative für eine Rüstungspause"	S. 2
Kriegsopferrenten erst am 1. Juli?	S. 4
Die Entlassung sozialdemokratischer Häftlinge in der SBZ	S. 5

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 080 890

## Bezeichnender Zusammenstoß

r. Der Zusammenstoß des Abgeordneten Friedensburg mit seinem Parteivorsitzenden am ersten Tage des Stuttgarter CDU-Kongresses war ein Symbol für das bis tief in die Reihen dieser Partei reichende Mißtrauen gegenüber der Außenpolitik des Kanzlers, der seinerseits in seiner grossen Eröffnungsrede die Frage der Wiedervereinigung nur am Rande gestreift hat. Friedensburg, führender Berliner Abgeordneter seiner Partei, gab der Auffassung der Unzufriedenen u.a. mit den Worten Ausdruck:

"Es wird soviel von der russischen Gefahr gesprochen. Aber wir sprechen nicht davon, dass wir ein neues Verhältnis zu den Russen schaffen müssten, ohne deren Zustimmung die Einheit nicht erreicht werden wird. Die Zeit wird uns nicht helfen auf dem Wege zur Wiedervereinigung." Und wenig später: "Man muss nur eine entsprechende Politik treiben."

Mit hochrotem Kopf sah Adenauer darauf zum Rednerpult geeilt und habe zunächst nur die Frage gestellt: "Was verstehen Sie unter entsprechender Politik?"

Die Antwort Friedensburgs haben mehr oder weniger deutlich führende amerikanische Politiker und grosse Zeitungen aus dem angelsächsischen Bereich vorweggenommen, die seit einiger Zeit ganz offen von "neuen Formen der Außenpolitik", einer "neuen Linie Dulles-Eisenhower" und von einer "Umorientierung Washingtons" sprechen. Joseph Harsch nannte diese Umorientierung in dem hochangesehenen "Christian Science Monitor" eine "Revolte gegen haltungen und Konzeptionen, die als Antwort auf die Stalin-Politik entstanden waren." Er bezeichnete die

neuen Ideen als ebenso revolutionär wie es 1949 der Entschluss war, Deutschland und Japan wieder zu bewaffnen.

Inzwischen ist ganz offen vom Aussenminister der Vereinigten Staaten selbst die allmähliche Verlagerung des Schwergewichtes der NATO von der militärischen auf die politische und wirtschaftliche Seite verkündet worden. Kernstück dieser ganzen Wandlung, so berichtete Herbert von Borch, der neue USA-Korrespondent der "Welt" aus Washington, sei es, dass die Absage des sowjetischen Führungskollektive an den Stalinismus in den Vereinigten Staaten ernster genommen werde, als dies manchmal scheine. In London schrieb die "Times" am 21. 4.: "Wie falsch und kurzsichtig der Neutralismus auch sein mag - durch Prahlen mit militärischer Stärke, durch Erklärungen, dass man in der Politik zeitweilig bis an den Rand des Krieges gehen müsse und durch das Zurückweisen jedes Gesprächswunsches wird er nur gestärkt." Neue Wege des Zusammenlebens sind jetzt auch in den britisch-russischen Gesprächen in London gesucht und auf einigen Gebieten, wenn leider auch nicht in der deutschen Frage, offenbar gefunden worden. Alles das geht an Adenauer und seinem Kreis spurlos vorüber; man weiss nichts davon, man will nichts davon wissen.

"Eine entsprechende Politik?" Sie ist unzählige Male aufgezeigt worden. Die Opposition, die es tat, ist auf diesem Gebiet inzwischen um die FDP verstärkt worden. Mit der stereotypen Wendung, diese entsprechende andere Politik, diese Alternative, gebe es nicht, wird sie nicht widerlegt. Man muss sich schon die Mühe der Probe aufs Exempel machen.

Dass Aussenminister von Brentano sich auch bei dieser Gelegenheit als Sekundant Adenauers wieder einen kleinen Tiefschlag erlaubte, sei nur am Rande vermerkt. Er nannte seinen Parteifreund Friedensburg wegwerfend einen "Amateur", nur weil er anderer Meinung war als sein Meister und er selbst. Das erinnert an seinen kürzlich an den FDP-Abgeordneten Dr. Mende gerichteten Rat, "der Mann" solle lieber im Sandkasten spielen, aber keine Politik machen. - Beides merkwürdige Äusserungen für einen Mann, der so betonten Wert auf gute Manieren legt. Und dessen Amtszeit und die in ihr erzielten Erfolge schliesslich noch zu überblicken sind.

Schweizer Armee unter Beschuss

Von unserem Mitarbeiter aus der Schweiz

Auch die an sich recht militärfreudige - jedoch nicht militaristische - Schweiz bekommt die antimilitaristischen Tauwinde zu spüren, die im Gefolge des sich langsam verziehenden stalinistischen Kälteeinbruchs durch die internationale Politik wehen. Insbesondere in der französischen Schweiz scheint der Widerstand gegen das Militär zuzunehmen und schon vor rund zwei Jahren hat ein Mann namens Chevallier in einem Witzblatt den Vorschlag gemacht, den Militär-Etat drastisch zu kürzen, woraus dann die berühmte "Initiative Chevallier" wurde: unter dem Titel "Volksinitiative für eine Rüstungspause" wurden die nötigen Unterschriften gesammelt, um die Regierung veranlassen zu können, eine Volksabstimmung über eine antimilitaristische Verfassungsänderung durchzuführen. "In Erwägung einer positiven Aktion zu Gunsten des Friedens und einer Rüstungsbeschränkung" sollte die Verfassung durch Zusatzartikel geändert werden, die 1. eine Herabsetzung der ordentlichen Militärausgaben um 50 % und 2. eine Verwendung des dadurch frei werdenden Geldes für Hilfemassnahmen im In- und Ausland verfügt hätten.

Diese "Initiative Chevallier" erhielt nun zwar die nötige Zahl Unterschriften, doch lehnte die Schweizer Bundesregierung die geforderte Durchführung einer Volksabstimmung mit der - zutreffenden - Begründung ab, das Initiativbegehren sei so abgefasst, dass es aus formalen Gründen nicht berücksichtigt werden könne. Obwohl die Regierung durchaus recht hatte, gab es damals doch Stimmen, die meinten, man hätte die Volksbefragung dennoch durchführen sollen, um den Gegnern des Militärs zu beweisen, dass die grosse Mehrheit des Volkes nach wie vor für eine starke Armee eintrete.

In der Tat wäre es klug gewesen, auf diese Stimmen zu hören, denn kaum war die erste "Initiative Chevallier" begraben, wurden zwei neue Initiativen angemeldet, die zwar nicht mehr von Herrn Chevallier direkt stammen, dafür aber diesmal vorwiegend Kreise aus der deutschen Schweiz hinter sich haben. Es handelt sich dabei vorwiegend um kirchliche Kreise beider Konfessionen - im Initiativkomitee sitzen mehrere Pfarrer

und Priester - und auch von einigen sozialdemokratischen Kreisen wurde die neue Initiative unterstützt. (Die Sozialdemokratische Partei selbst hingegen lehnt sie aus staatspolitischen Erwägungen ab.)

Der Text der beiden neuen Initiativen ist nun so abgefasst, dass formal an ihm nichts mehr auszusetzen ist, und falls die nötige Unterschriftenzahl zusammengebracht werden kann - woran kaum zu zweifeln ist - wird es über kurz oder lang in der Schweiz zu einer Volksabstimmung kommen, in der es im wesentlichen um die Frage gehen wird, ob man die Schweizer Armee in höchster Kampfkraft erhalten oder in Zukunft nicht mehr mit den modernsten Waffen ausrüsten soll. Die erste der beiden Initiativen verlangt nämlich, dass die Bundesversammlung in Zukunft nur noch befugt sein soll, Militärausgaben bis zu 500 Millionen Franken pro Etat zu bewilligen. Jede Mehrausgabe wäre dann einer Volksabstimmung zu unterstellen. Die zweite Initiative bezeichnet "eine dauernde Solidaritätsaktion im In- und Ausland" als ein wesentliches Element der Schweizer Landesverteidigung und als einen wirksamen Beitrag zur Erhaltung des Friedens. Die Regierung wird deshalb aufgefordert, jährlich eine Summe, welche mindestens einem Zehntel der Militärausgaben entspricht, für soziale und kulturelle Zwecke, und zwar zur Hälfte im Inland und zur Hälfte im Ausland, zu verwenden. Falls nun diese beiden Initiativen sehr bald dem Volke zur Abstimmung vorgelegt werden, ist damit zu rechnen, dass sie verworfen würden. Sollte sich die Abstimmung jedoch - was an und für sich in der Schweiz üblich wäre - verzögern, so könnte die Situation für die Schweizer Armee bei anhaltendem internationalem Tauwind ernster werden.

+ + +

#### Immer wieder verzögert

Von H.G. Ritzel, MdB.

Der Haushaltsausschuss des Bundestages wird sich in einer Sondersitzung am 2. Mai 1956 mit der Terminfestsetzung für die Auszahlung der Kriegsofferrrenten nach der 5. Novelle zum Bundesversorgungsgesetz befassen. Der Deutsche Bundestag wird am 9. Mai 1956 die endgültige Entscheidung treffen. Worum geht es dabei?

Eine Kommission des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages hat sich in der vergangenen Woche mit dieser Frage beschäftigt. Dabei hatten sich die Fronten eindeutig abgegrenzt. Nach den Angaben

28. 4. 1956

des Regierungssprechers würde die Annahme des Vorschlages, den der Kriegsofferausschuss zur Neuregelung der Kriegsofferrrenten erarbeitet hat, bei rückwirkender Kraft zum 1. Januar 1956 einen Bruttoaufwand von 965 Millionen DM, ab 1. Juli 1956 580 Millionen DM und ab 1. Oktober 1956 386 Millionen DM. erfordern.

In dem für den Bundestag bestimmten seinerzeitigen Bericht des Haushaltsausschusses war, bei erheblich geringeren Gesamtaufwendungen, eine Rückwirkung zum 1. 1. 1956 auch von den Regierungsparteien in Aussicht genommen worden. Nunmehr haben sich die Regierungsparteien unter Führung der CDU dahin geäußert, dass sie lediglich eine Erhöhung der Kriegsofferrrenten ab 1. Juli 1956 ins Auge fassen wollen. Dieser um sechs Monate verzögerte Termin würde den Kriegsoffern einen Verzicht von insgesamt 385 Mio DM brutto zumuten.

Dies geschähe zur gleichen Zeit, in der die Regierung zugeben muss, dass die Steuereinnahmen des Rechnungsjahres 1955 die Steuererwartungen um rund 1,3 Milliarden DM übertroffen haben, in der rund 1,6 Milliarden DM des durch Anleihe zu deckenden ausserordentlichen Haushalts für Investitionen etc. aus dem ordentlichen Haushalt, also aus Steuereinnahmen, gedeckt werden können, und in der von einem Betrag von 5 208 Mio DM für den Aufbau einer deutschen Verteidigung im Rechnungsjahr 1955 in Wirklichkeit nur 100 Mio DM statt der wiederholt angekündigten 200 Mio DM ausgegeben wurden.

Es ist die Bundesregierung, die auf die Regierungsparteien und vor allem auf die CDU einwirkt, um durch Zurückhaltung auf dem Gebiet der Sozialrenten, zunächst also der Kriegsofferrrenten, und auf dem Gebiete einer sozial gerechtfertigten Steuersenkung eine Hortungspolitik zugunsten der Wehrausgaben fortsetzen zu können. Sie hatte auch im Entwurf des Haushaltsplanes 1956 nur einen Betrag von 140 Mio DM zur Verbesserung der Kriegsofferrrenten vorgesehen. Der Bundesfinanzminister rechnet seinerseits - wie inzwischen bekannt geworden - mit einer weiteren Erhöhung von 360 Mio DM und würde sich somit bereithalten, insgesamt 500 Mio DM zur Erhöhung der Kriegsofferrrenten bereitzustellen. Nach den vom Kriegsofferausschuss des Deutschen Bundestages vorgeschlagenen, immer noch zu geringen Sätzen würde dieser Betrag noch nicht einmal ausreichen, um die Rentenerhöhung ab 1. Juli 1956 in Kraft setzen zu können. Die CDU wäre bereit, zu diesen 500 Mio DM noch weitere 80 Mio DM zu bewilligen, aber auch diese Erhöhung würde nur eine Rentenneuordnung ab 1. Juli 1956 ermöglichen.

Demgegenüber muss daran erinnert werden, dass die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion eine angemessene Erhöhung der Rente nach dem Bundesversorgungsgesetz bereits mit Antrag vom 28.9.1955 und zwar mit Wirkung vom 1. 12. 1955 verlangt hat. Es wäre eine Herausforderung der Kriegsofffer, das Inkraftsetzen der Neuordnung erneut hinauszuzögern und erst am 1. 7. 1956 vorzunehmen. Entgegen allen anderen Versuchen muss auch hier mit Entschiedenheit darauf hingewiesen werden, dass für eine rückwirkende Regelung ab 1.1.1956 Deckung auf Grund der Haushaltslage durchaus vorhanden ist.

Geste oder Wandlung?

sp. Wenn am 27. April nun auch die Sowjetzonenregierung einen ersten Schritt getan und politische Häftlinge, die seit Jahren in den Kerkern schmachten mussten, freigelassen hat, so kann diese Massnahme, so sehr sie zu begrüßen ist, nur als ein Anfang betrachtet werden, dem die Entlassung aller von den Tribunalen der SED-Justiz verurteilten politischen Häftlinge folgen muss. Nur dann könnte die im Zusammenhang mit dieser Pieck-Amnestie aufgestellte Behauptung, man wolle damit zur Entspannung der Lage beitragen, glaubhaft werden. Diese erste Öffnung der Kerkertore für, wie es heisst, Sowjetzoneneinwohner, die nach ihren eigenen Angaben der SPD angehören, ging am Vortage bereits die Freilassung von 87 Personen voraus, die als ehemalige SPD-Mitglieder bezeichnet wurden und unter denen sich der ehemalige, im Zusammenhang mit dem 17. Juni verurteilte Justizminister Fechner befand. Weiter waren 698 Häftlinge auf freien Fuss gesetzt worden, die seinerzeit wegen angeblicher Kriegsverbrechen verurteilt worden waren.

Ohne Zweifel ist die Freilassung von sozialdemokratischen Häftlingen eine Antwort auf die ständig von der SPD erhobene Forderung, die Kerkertore für die Politischen zu öffnen. Anscheinend ist das SED-Regime jetzt auch bereit, nun endlich aus dem Moskauer Parteitag auch für die Zone gewisse Konsequenzen zu ziehen. Freilich verschweigt man bisher in Pankow die Zahl und die Namen der entlassenen sozialdemokratischen Häftlinge. Die Öffentlichkeit hat ein Recht, über den Umfang dieser ersten Freilassungsaktion unterrichtet zu werden. Andernfalls könnte sich Pankow nur allzu leicht dem Verdacht aussetzen, dass es sich nur um eine taktisch bedingte Scheinaktion handeln könnte.

Ist die SED-Regierung nun endlich - so fragt man - auch in ihrem eigenen Machtbereich dem Beispiel der anderen Satellitenstaaten gefolgt, in denen Freilassungen politisch Verurteilter schon seit einiger Zeit zu verzeichnen sind? Waren vielleicht sogar Winke aus Moskau notwendig, um auch die Pankower Volksdemokratie den Anschluss an diese Entwicklung finden zu lassen? Auf der SED-Partei Konferenz und - 6 -

auch danach versuchte das Ulbricht-Regime immer wieder den Eindruck zu erwecken, als ob es in der Zone trotz der Abkehr von der Stalin-Aera bei der stalinistischen Politik bleiben könnte. Selbst dem Zentralorgan der Warschauer kommunistischen Bruderpartei war das aufgefallen, das scharfe Kritik an Pankows Haltung geübt hatte.

Der Berliner SPD-Vorsitzende, Franz Neumann, hatte am Freitag auf einer Pressekonferenz eine erste Liste von Sozialdemokraten bekanntgegeben, die seit 1945 Opfer der SED-Terrorjustiz geworden sind. Augenzeugen schilderten, wie in Waldheim und Bautzen Menschen brutal zugrunde gerichtet wurden, nur weil sie Sozialdemokraten waren. Es wäre ein Hoffnungsstrahl, wenn die jetzt erfolgte erste Entlassung sozialdemokratischer Gefangener ein Zeichen dafür sein würde, dass Pankow wenigstens auf diesem Gebiet seine Schuld einzusehen beginnt. Franz Neumann liess die SED allerdings nicht im Unklaren darüber, dass die Sozialdemokratie niemals bereit sein wird, sich von den Kommunisten durch die Freilassungsaktion zu irgendwelchen politischen Geschäften missbrauchen zu lassen. Das solche dunklen Absichten bei der SED bestehen, zeigt sich in dem mit der Freilassungsaktion verbundenen Forderung des "Neuen Deutschland", der Parteivorstand der SPD sollte nun endlich auch seine "verbrecherische Agententätigkeit" - wie sie das Ostbüro ausübe - einstellen.

\* \* \*

\*

#### In Lucca vor 425 Jahren

t. Am 1. Mai 1531 demonstrierten die Seidenarbeiter der italienischen Stadt Lucca für ein Lohnminimum und andere Forderungen. Das ist die älteste proletarische 1. Mai-Demonstration, die wir kennen. Man kann jedoch nicht sagen, dass die Geschichte der proletarischen Kampfbewegung schon 1531 beginnt. Es gibt keinen Zusammenhang zwischen der Demonstration der Seidenarbeiter von Lucca und dem Massenaufmarsch, der seit 1890 am gleichen Tage stattfindet. Die Seidenarbeiter von Lucca haben dieses Datum wahrscheinlich deshalb gewählt, weil am 1. Mai die Verträge abliefen.

\* \* \*

Verantwortlich: Peter Raunau